

## DAS ONLINE-SUPPLEMENT DES FORSCHUNGSJOURNALS

FORSCHUNGSJOURNAL SOZIALE BEWEGUNGEN 36. Jg. Heft 3 | 2023

Johannes Gleitz / Sabine Reimann

### Das "Tribunal Popular en Siloé" in Kolumbien

Praxen der Selbstermächtigung von Sozialen Bewegungen im Kontext staatlicher Gewalt

**Zusammenfassung:** Der Artikel befasst sich mit Praxen der Selbstermächtigung von Sozialen Bewegungen im Kontext staatlicher Gewalt in Kolumbien. Am Beispiel des „Tribunal Popular en Siloé“ sollen Chancen und Schwierigkeiten dieser Praxen in marginalisierten Stadtteilen aufgezeigt werden. Der Aufsatz diskutiert die Aktivitäten vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Situation.

**Abstract:** The article deals with practices of empowerment of social movements in the context of state violence in Colombia. Using the example of the „Tribunal Popular en Siloé, opportunities and difficulties of these practices in marginalized urban areas will be highlighted. The essay discusses the activities on the background of the current political situation.

### 1 Einleitung

„Tribunal Popular en Siloé“ (TPS) (TPS 2023) bedeutet sinngemäß „Tribunal von unten/ der Leute aus Siloé“. Siloé ist ein stark von Armut, Arbeitslosigkeit und Straßenkriminalität gebeutelter Stadtteil in Cali, der drittgrößten Stadt Kolumbiens. Die 2,5-Millionen Metropole im Südwesten war 2021 das Epizentrum des *paro nacional* (dt. Nationaler Streik), der bisher größten sozialen Proteste in der Geschichte des Landes. Das TPS gründete sich in Reaktion auf das gewaltsame Vorgehen von Polizei, Militär und paramilitärischen Akteuren gegen die Demonstrationen. Insgesamt ist von mehr als 80 Toten, hunderten Vermissten und tausenden Verletzten auszugehen (Henkel 2023). Kernforderung des TPS sind *verdad y justicia* (dt. Wahrheit und Gerechtigkeit), womit konkret die juristische Aufklärung von 16 Mordfällen in Cali und der zahlreichen Verbrechen während der Proteste gegen die Menschlichkeit sowie die Verurteilung der Verantwortlichen gemeint ist. Das Tribunal

versteht sich als Teil einer globalen Geschichte und Praxis von symbolischen People's Tribunals. Diese verschaffen der Erfahrung mangelnder juristischer, politischer und gesellschaftlicher Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen öffentliches Gehör mit dem Ziel, Verantwortliche zum Handeln zu bewegen. Zudem ist das TPS als Teil und Ausdruck der Sozialen Bewegung zu verstehen, die 2021 das Protestgeschehen trug.

Nach einem kurzen Überblick zur Rolle von Peoples Tribunal's wird die Gründungsgeschichte und das Selbstverständnis des TPS skizziert. Eine Beschreibung der verschiedenen Aktions- und Erscheinungsformen, angefangen von klassischen Protestformen wie Kundgebungen und Gedenkspaziergänge über investigative Recherchen bis hin zur Durchführung des eigentlichen Tribunals macht den Bewegungskarakter der Initiative deutlich. Da „Soziale Bewegungen immer in ihrem gesellschaftlichen Kontext zu begreifen sind (...)“ (Roth/Rucht 2008: 11), werden die sozialpolitischen Rahmenbedingungen und die Eskalation der sozialen Proteste im Mai 2021 ebenso berücksichtigt wie die Rolle staatlicher und paramilitärischer Repression. Abschließend wird die Frage diskutiert, inwiefern konkrete Praxen, nämlich die explizite Organisation im marginalisierten *barrio* (dt. Stadtviertel) und der kollektive Prozess von Trauern und Erinnern als Empowerment (Herriger 2014) zu verstehen sind.

Während einige Peoples Tribunal's bereits von der Forschung beschrieben wurden, liegt zum noch jungen und bisher schwerpunktmäßig lokal agierenden TPS keine wissenschaftliche Publikation vor. Die vorliegende Darstellung basiert auf eigenen Veröffentlichungen des TPS und auf medialen Berichterstattungen. Ergänzend wurden sechs Expert\*inneninterviews nach Meuser und Nagel (2009) mit Aktivist\*innen durchgeführt. Weitere Erkenntnisse stammen aus einer Teilnehmenden Beobachtung (Bohnsack et al. 2018: 224ff) der Autor\*innen im Februar 2023.

## **2 Einordnung: Das “Tribunal Popular en Siloé” als People's Tribunal**

Zivilgesellschaftliche und von NGOs organisierte Tribunale, die Menschenrechtsverletzungen symbolisch und öffentlich anklagen, werden im englischsprachigen Raum unter dem Begriff People's Tribunals diskutiert. Im Deutschen werden sie als Volks- oder Bürgertribunale bezeichnet, auch der Begriff Meinungstribunal kommt zur Anwendung. Er lässt bereits die Kritik anklingen, mit denen People's Tribunals konfrontiert sind, nämlich politisch motiviert zu sein, parteilich zu arbeiten, sich selbst ernannt zu haben und damit illegitim zu agieren. Außerdem seien sie zahnlos, da die beschuldigten Täter\*innen und Staaten in der Regel ihre Teilnahme verweigerten und die symbolischen Anklagen ignorierten (Sadr 2020: 178). Die meisten dieser Kritikpunkte, das wird die Darstellung zeigen, treffen auch auf das TPS zu, ohne seine Bedeutung als Teil einer Sozialen Bewegung zu schmälern.

People's Tribunals blicken auf über 50 Jahre internationale Geschichte zurück. Als wegweisend gilt das erste „Vietnam War Crimes Tribunal“, nach seinem Gründer Bertrand Russell auch „Russell-Tribunal“ genannt. Es wurde 1966 in London ins Leben gerufen. Eine internationale Jury aus Intellektuellen, Publizist\*innen und Wissenschaftler\*innen klagte die Vereinigten Staaten von Amerika an, u.a. wegen Völkermord, dem Einsatz verbotener Waffen und der Misshandlung von Kriegsgefangenen. Ziel war es, die Aufmerksamkeit auf die Kriegsverbrechen der USA im Vietnamkrieg zu lenken und die Anti-Kriegsbewegung zu stärken. Inhaltlich bezog sich der Exekutivpräsident des Tribunals, Jean-Paul Sartre, in seiner

Eröffnungsrede auf die alliierten Militärtribunale zur Verfolgung der NS-Verbrechen in Nürnberg, das Völkerrecht und die Idee einer internationalen Gerichtsbarkeit zur Ahndung von Menschheitsverbrechen (Pollmann 2017).

Bereits das nächste „Russell Tribunal II“, das von 1972 bis 1975 unter der Leitung von Lelio Basso tagte, thematisierte staatliche und militärische Verbrechen an der Zivilbevölkerung in lateinamerikanischen Staaten. Brasilien, Chile, Uruguay und Bolivien sprach man „guilty of serious, repeated and systematic violations of human rights as crimes against humanity“ (Menachery Paulose 2020: 3). 1979 entstand mit dem „Tribunale Permanente dei Popoli“ eine dauerhafte Institution, die sich immer wieder neuer Fälle annahm. Bis heute wurden mehr als 50 Fälle aus der ganzen Welt verhandelt.<sup>1</sup> Zudem entstanden Tribunale zu verschiedenen Schwerpunkten. So thematisierten das „Women’s International War Crimes Tribunal on Japan’s Military Sexual Slavery“ 2000 in Tokio ebenso wie das „Women’s Court“ in Sarajevo 2015 die Verletzung von Frauenrechten, sexuelle Ausbeutung und Massenvergewaltigungen (Dolgopol 2017; Clark 2016). Das „Internationale Iran Tribunal“ klagte 2012 Misshandlungen, Folter und Hinrichtungen an, die in 1980er Jahren unter dem Regime Chomeini zehntausenden politischen Gefangenen das Leben kosteten.<sup>2</sup> Viel Aufmerksamkeit erhielt das sogenannte „Kongo-Tribunal“, das 2015 die Grausamkeiten im Bürgerkrieg verhandelte und über das der Schweizer Regisseur Milo Rau ein Film- und Theaterprojekt inszenierte.<sup>3</sup> In Deutschland stellten die „NSU-Tribunale“ in verschiedenen Städten die angeblich „lückenlose Aufklärung“ des rechtsterroristischen NSU-Komplexes in Frage und rückten strukturellen Rassismus als ursächlich in den Mittelpunkt.<sup>4</sup>

### **3 *Verdad, justicia, impunidad* – dt. Wahrheit, Gerechtigkeit, Straflosigkeit**

Das TPS ist als Teil dieser „globalen Gerechtigkeitsbewegung“ (Sauer 2022: 31) zu verstehen. Den Tribunalen ist gemeinsam, dass sie als Instrument zivilgesellschaftlicher Zusammenschlüsse dienen, um bisher straflos gebliebene Verbrechen öffentlich zu thematisieren und zu untersuchen. Regina Menachery Paulose zufolge sind People’s Tribunals „movements that are created for the purpose of examining rights violations whereby civil society believes the violation has not been formally recognised or addressed by the state, community, or a legal system.“ (Regina Menachery Paulose 2020: 2). Zwar entspricht das TPS dieser Beschreibung als investigative Initiative mit Bewegungscharakter. Mit Blick auf diejenigen, gegen die Anklage erhoben wird, ist die zugespitzte Definition von Andrew Byrnes und Gabrielle Simm hier treffender: „International peoples’ tribunal is a process initiated by civil society that involves the presentation to a body of eminent persons of evidence and arguments that seek to establish whether a state, international organisation, corporations or, less frequently, specified individuals have committed breaches of international law or of another body of law or norms.“ (Byrnes/Simm 2017: 3f). Aus Sicht des TPS geht es um Verbrechen, die nicht nur unzureichend seitens des Staates wahrgenommen, sondern von seinen Organen begangen und deswegen strafrechtlich bisher nicht verfolgt wurden. Die Erfahrung staatlicher Verwicklung in Menschenrechtsverbrechen

<sup>1</sup> <https://permanentpeopletribunal.org/>

<sup>2</sup> <https://irantribunal.com/>

<sup>3</sup> [www.the-congo-tribunal.com/](http://www.the-congo-tribunal.com/)

<sup>4</sup> [www.nsu-tribunal.de/](http://www.nsu-tribunal.de/)

hat dazu geführt, dass sich populäre Tribunale als zivile Gerechtigkeitspraxis in Lateinamerika etabliert haben: „Meinungstribunale haben in Lateinamerika, aber insbesondere in Kolumbien, eine gewisse Tradition. Das liegt vor allem daran, dass es in Kolumbien viele staatlich verübte oder gedeckte Menschenrechtsverbrechen gegeben hat, die von der Staatsanwaltschaft nicht aufgeklärt wurden. Aus diesem Grund wurden in den letzten Jahrzehnten immer wieder Tribunale durchgeführt. Sie stellen den kolumbianischen Staat symbolisch vor Gericht und versuchen, internationalen Druck auszuüben. In manchen Fällen hat dies tatsächlich dazu geführt, dass die Staatsanwaltschaft Untersuchungen eingeleitet hat.“<sup>5</sup> Der Politikwissenschaftler Raul Zelik, der auch als Jurymitglied des TPS fungierte, verweist hier sowohl auf eine wichtige Intention als auch auf ein *Movens*, nämlich die Justiz real zum Handeln zu bewegen. Die *impunidad* (dt. Straflosigkeit), also die ausbleibende Strafverfolgung mutmaßlicher Täter\*innen, ist für viele People’s Tribunals mobilisierend.

Zum besseren Verständnis der Ziele und des Vorgehens des TPS wird nun der gesellschaftspolitische Kontext skizziert, in dem es die Menschenrechtsverletzungen verhandelt.

#### **4 Gesellschaftspolitischer Kontext: der *paro nacional***

Ende April 2021 riefen Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen in einem ungewöhnlich breiten Bündnis den *paro nacional* aus, einen nationalen Streik.<sup>6</sup> Der Protest richtete sich gegen die Regierung des rechtskonservativen Präsidenten Iván Duque, seit 2018 an der Macht. Auslöser für die Mobilisierung waren Pläne für eine Steuerreform, die die mittleren und niedrigen Einkommen besonders belastet hätte. Schon zuvor hatten die rigiden Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie, steigende Arbeits- und Perspektivlosigkeit und weit verbreitete Armut für Unzufriedenheit mit der Regierung gesorgt. 2021 lebten 42,5 % der Bevölkerung Kolumbiens unter der Armutsgrenze, 15 % gar unter extremer Armut. Die sozialen Spannungen äußerten sich in monatelangen Massendemonstrationen, Streiks und Blockaden. Getragen wurde einer der längsten und größten Sozialproteste in der Geschichte des Landes vor allem von den perspektiv- und mittellosen Schichten in den marginalisierten Vierteln (Hartig et al. 2021). Siloé in Cali wurde zu einem zentralen Ausgangsort der Proteste. Demonstrant\*innen blockierten wochenlang wichtige Verkehrsknotenpunkte und Zufahrtsstraßen, besetzten die Universität und andere öffentliche Einrichtungen. Der Alltag kam fast vollständig zum Erliegen. Benzin und Grundnahrungsmittel waren aufgrund der blockierten Transportwege teils nicht mehr erhältlich. Nicht nur in Cali, auch in anderen Regionen gingen Polizei, Militär und Paramilitärs mit massiver Gewalt gegen die Protestierenden vor. Vielerorts eskalierte die Situation, es kam zu Ausschreitungen und Plünderungen. Am 3. Mai griff die Polizei eine Beobachtermission der Vereinten Nationen mit Schusswaffen an (RLS 2021). Am selben Tag versuchte die Polizei eine Mahnwache anlässlich der Beerdigung eines jungen

<sup>5</sup> Expert\*inneninterview RZ vom 15.02.2023.

<sup>6</sup> Als Vorläufer der Proteste gelten dabei Demonstrationen im November und Dezember 2019, die unter anderem die Wirtschaftspolitik kritisierten, besseren Schutz für Anführer\*innen Sozialer Bewegungen vor Ermordungen und eine Umsetzung des Friedensabkommens mit der ehemaligen "Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia" (FARC) einforderten (Hartig/Kassin/Huber 2021).

Demonstranten aufzulösen, der am Tag zuvor im Norden von Cali ermordet wurde (Henkel 2023): Gegen 21 Uhr wurde am zentralen Kreisverkehr von Siloé aus zwei Hubschaubern mit Tränengas auf die Menge geschossen, später aus gepanzerten Polizeifahrzeugen mit scharfer Munition und Blindmunition gefeuert. Drei Personen starben in dieser Nacht (Henkel 2022). „Unsere Analyse der Ereignisse in Siloé lässt keinen anderen Schluss zu, als dass die Polizei die Teilnehmenden der Mahnwache in Siloé in einem sorgfältig orchestrierten Angriff ganz gezielt angegriffen hat, um sie zu bestrafen, und dabei auch schwere Verletzungen und den Tod Protestierenden ganz bewusst einkalkuliert hat“, kommentierte Matthias Schreiber von Amnesty International in Deutschland die, wie sie es nennen, "Operation Siloé" (Amnesty International 2022).

Gewalt ging nach verschiedenen Medien- und Augenzeug\*innenberichten nicht nur von uniformierten und staatlichen Kräften aus. In wohlhabenden Vierteln organisierten sich bewaffnete Bürgerwehren, die in Anwesenheit der Polizei auf Demonstrant\*innen schossen und sich dabei rassistisch äußerten (Hartig/ Kassin/ Huber 2021). In einem Fall konnte nachgewiesen werden, dass aus einem Zivilfahrzeug einer kolumbianischen Spezialeinheit der Polizei auf Demonstrierende geschossen wurde.<sup>7</sup> Amnesty International dokumentierte Angriffe paramilitärischer Gruppen auf Menschenrechtsaktivist\*innen – im Beisein der Polizei (Amnesty International 2021). Ende Mai entsandte der Präsident aufgrund der anhaltenden Proteste unter Befehl von General Eduardo Enrique Zapateiro<sup>8</sup> 7.000 Soldat\*innen der kolumbianischen Nationalarmee nach Cali, um die Straßenblockaden räumen zu lassen (Hartig et al. 2021). Der Einsatz von Militär diente zur Niederschlagung des Protestes: „Unter dem Vorwand, die öffentliche Ordnung wiederherzustellen, wurden bei den Protesten in Kolumbien hunderte Menschen schwer verletzt. Dutzende junge Menschen haben ihr Leben verloren. Was in Cali passiert ist, macht die gewaltsame Reaktion der Behörden auf die Proteste überdeutlich und offenbart die wahren Ziele hinter dem repressiven Vorgehen: Angst zu schüren, Menschen davon abzuhalten, friedlich zu protestieren und diejenigen, die für ein faireres Kolumbien eintreten, zu bestrafen.“, so Schreiber (Amnesty International 2021). Dazu passen die zahlreichen Berichte über Folterungen und sexualisierte Gewalt in Haft. Mindestens 300 Personen gelten seitdem als vermisst.

Die massive Protestwelle, die die rechte Regierung ins Wanken brachte, kündigte bereits den Wunsch nach einer Veränderung der politischen Verhältnisse an. Als Folge des *paro nacional* und mit Unterstützung eines breiten Mitte-Links Wahlbündnisses konnte mit Gustavo Petro im Juni 2022 zum ersten Mal in der Geschichte des Landes ein linker Präsidentschaftskandidat die Wahl für sich gewinnen. Als Zeichen eines fortschrittlichen Aufbruchs wurde auch die Besetzung des Amtes der Vizepräsidentin mit Francia Marquez gedeutet: eine Vertreterin der afrokolumbianischen Minderheit, aus armen Verhältnissen stammend, als Aktivistin der Umweltschutzbewegung bekannt.

<sup>7</sup> Expert\*inneninterview JB vom 15.02.2023.

<sup>8</sup> Zapateiro wird die Zusammenarbeit mit paramilitärischen Gruppen vorgeworfen (Ernst 2022). Das Tribunal betrachtet ihn wegen dieses Einsatzbefehls neben dem ehemaligen Präsidenten Duque als Hauptangeklagten.

## 5 Vom Netzwerk zum Tribunal

Während der sich dynamisch entwickelnden Proteste entstand ein improvisiertes Netzwerk aus kirchlichen und zivilen Menschenrechtsaktivist\*innen in Cali, die sich mit den Zielen der Demonstrationen solidarisch zeigten. Sie beobachteten das Demonstrationsgeschehen, dokumentierten polizeiliche Übergriffe und Menschenrechtsverletzungen. Im Fokus stand außerdem neben dem medizinischen Zustand der Verbleib der zahlreichen Festgenommenen. Das Netzwerk vermittelte anwaltliche Unterstützung für Inhaftierte, um ein „Verschwinden lassen“ der Betroffenen zu verhindern.<sup>9</sup>

Doch nicht nur NGOs dokumentierten, was vor allem in Siloé passierte. Von Beginn an sammelten Anwohner\*innen und Angehörige von Betroffenen Material wie Augenzeug\*innenberichte und Fotos von Verletzungen, sie markierten Einschusslöcher, verwahrten sogar Patronenhülsen von Polizeimunition. Nach und nach entstanden gegenseitige Kontakte zwischen Menschenrechtsaktivist\*innen und Betroffenen, deren Freund\*innen und Familien. Dieser spontan und situativ entstandene Zusammenhang trug sein Wissen zunehmend systematisch zusammen. In den folgenden Monaten wurden eine Chronologie der Übergriffe angelegt, Listen von Verletzten und Verhafteten erstellt und Fallbeschreibungen gesammelt.

Ziel war es, die Menschenrechtsverletzungen öffentlich zu skandalisieren. Die erste Idee sei es daher gewesen einen Bericht herauszugeben, jedoch hätten bereits größere Recherchen nicht den nötigen politischen Druck entfaltet:<sup>10</sup> Zum einen forderte Amnesty International noch während der Proteste ein Ende der Polizeigewalt gegen friedliche Demonstrant\*innen (Amnesty International 2021a). Ein Jahr später stellte ein UN-Bericht fest, dass schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen begangen wurden, wie etwa willkürliche Lebensentziehungen, willkürliche Verhaftungen, Verletzungen der persönlichen Integrität und Sicherheit, unnötige oder unverhältnismäßige Gewaltanwendung, sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt sowie diskriminierende und rassistische Handlungen. Die Betroffenen seien dabei unter anderem indigene und afroamerikanische Bevölkerungsgruppen, Journalist\*innen und Menschenrechtsverteidiger\*innen gewesen (NUDH 2022: 3). Da beide Berichte politisch weder etwas bewegt noch geändert hätten, kam erstmals die erste Idee auf, ein eigenes Tribunal von unten zu organisieren.<sup>11</sup>

Weiteren Zulauf erhielt das Netzwerk durch die ersten Verfahren, die seitens der Behörden vor allem gegen junge Demonstrant\*innen als Beschuldigte und nur in Einzelfälle gegen potentielle Täter\*innen innerhalb von Polizei und Militär eingeleitet wurden. „Wir haben einige der Angehörigen und Hinterbliebenen vor und während der Gerichtsverhandlungen kennengelernt und haben uns mit ihnen ausgetauscht.“, berichtet eine Aktivistin.<sup>12</sup> Aus ihrer Sicht folgten die Anklagen den Narrativen, die die rechte Regierung bereits während der

<sup>9</sup> „Verschwinden lassen“ meint in diesem Kontext, dass Menschen, die sich in staatlicher Obhut, z.B. in Gewahrsam befinden, plötzlich nicht mehr zu erreichen, zu besuchen, nicht mehr aufzufinden sind und es keine Nachweise seitens Behörden über ihren Aufenthalt gibt. Auch nicht-staatliche Akteure lassen im Auftrag des Staates oder durch den Staat geduldet Menschen verschwinden. In Kolumbien sind solche Entführungen Alltag. Die Heinrich-Böll-Stiftung spricht mit Verweis auf Menschenrechtsorganisationen alleine im Zusammenhang mit den Sozialprotesten im Jahr 2021 von über 700 Verschwundenen (Kassin 2021). In einige Fällen wurden Wochen später die Leichen der Vermissten mit Folterspuren aufgefunden, viele Opfer bleiben verschwunden.

<sup>10</sup> Expert\*inneninterview IA vom 8.2.2023.

<sup>11</sup> Ebd.

<sup>12</sup> Ebd.

Proteste zur Delegitimierung der Proteste in Umlauf brachte: Es habe sich nicht um friedliche Teilnehmende gehandelt, sondern um Kriminelle oder Randalierer, das repressive Handeln sei notwendig und legitim gewesen. Zudem verschwand nach Einschätzung der Aktivist\*innen Beweismaterial, das die Polizei belastet hätte, sowohl aus der Asservatenkammer der Polizei als auch aus der zuständigen Gerichtsmedizin. Richter schienen voreingenommen und Verurteilungen immer unwahrscheinlicher.

## 6 Das TPS als Soziale Bewegung

Die Konsequenz dieser Erfahrungen der Unzulänglichkeit der Justiz und der Wirkungslosigkeit internationaler Öffentlichkeit war der Entschluss, selbst für „Wahrheit und Gerechtigkeit“ zu sorgen. Angelehnt an das bereits bestehende „Tribunal permanente de los Pueblos“ gründete sich das TPS. Zielsetzung war, eine symbolische Verhandlung vorzubereiten und diese aktivistisch und medial zu begleiten. Den Auftakt bildete eine öffentliche Anklageverlesung am 3. Mai 2022, am Jahrestag des oben beschriebenen brutalen Überfalls auf die Mahnwache (Henkel 2023).

Trotz der Zweifel an einer erfolgreichen juristischen Aufarbeitung erstattete das TPS bei der Staatsanwaltschaft Anzeige. Dazu reichte es die Ergebnisse umfänglicher Recherchen ein. Zeug\*innenaussagen, Auswertung von Fotos und Videos in den Sozialen Medien, Obduktionsberichte etc. belegen die Vorwürfe aus ihrer Sicht: „Wir machen die Arbeit, die eigentlich die Staatsanwaltschaft hätte machen müssen.“, so die Aktivistin Isabel Alban.<sup>13</sup> Außerdem haben sie ihre Unterlagen auch dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte (IAGMR) vorgelegt.

Das TPS ist also ein „Netzwerk von Gruppen und Organisationen, gestützt auf eine kollektive Identität, eine gewisse Kontinuität des Protestgeschehens sichert, das mit dem Anspruch auf Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels verknüpft ist, also mehr darstellt als bloßes Neinsagen“ (Roth/Rucht 2008: 13) und kann somit als Teil einer Sozialen Bewegung gedeutet werden. Dies gilt auch in Hinblick auf die Entstehungsgeschichte, die deutlich mit den Sozialprotesten verknüpft ist, und sich, wie noch ausgeführt wird, in eine größere geschichtliche Erzählung einordnet. Zudem tauscht sich das TPS trotz des lokalen Bezugs landesweit aus, vernetzt sich und stellt relevante Forderungen auf. Durch die übergeordnete, politische Deutung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die gemeinsam formulierten Ziele, wie die Forderung *verdad y justicia* und geteilte Überzeugungen entsteht ein Framing, das kollektives Handeln als Soziale Bewegung auf Grundlage einer gemeinsamen Erzählung ermöglicht (Roth/Rucht 2008: 23).

Als Diagnostic Framing, also einer gemeinsamen Problem- und Verhältnisanalyse (Kern 2008: 143) lässt sich hier deuten, dass die Aktivist\*innen die konkreten Morde, Folterungen und Verletzungen der Betroffenen als Teil eines repressiven Vorgehens gegen marginalisierte Bevölkerungsschichten in der Geschichte Kolumbiens verstehen. Diese seien eingebettet in einen systematischen, kontinuierlichen Krieg gegen die verarmte Bevölkerung, so der argentinische Soziologe Daniel Feierstein, der als Präsident des Tribunals fungierte. Diese

<sup>13</sup> Ebd.

Interpretation wurde bereits vom „Tribunal Permanente de los Pueblos“ in seinem Urteil vom April 2021 verwendet<sup>14</sup>. Als Prognostic Framing, also den angestrebten Problemlösungen im weitesten Sinne (Kern 2008: 144) können die Forderungen nach juristischer und politischer Aufarbeitung der Geschehnisse eingeordnet werden. Darüber hinaus fordert das Tribunal auch Reformen im Gesundheitswesen und in der innenpolitischen Sicherheitspolitik als Perspektive für eine langfristige Verbesserung der Situation.

### 6.1 Selbstverständnis: arm und von unten und aus Siloé

Das Selbstverständnis lässt sich auch als Teil des Motivational Framing (Kern 2008: 145) verstehen. Es geht um Solidarität und Anerkennung eines marginalisierten und kriminalisierten Stadtteils, was in der Namensgebung der Initiative widerspiegelt. *popular de Siloé*, „von unten, von den Leuten aus Siloé“, betont in doppelter Hinsicht die prinzipielle Unabhängigkeit der Initiative - sowohl vom Staat, als auch von professioneller Menschenrechtsarbeit aus dem Ausland. Eine „NGO-Initiative“, die sich mit Geld und Personal von außen Inhalte und Form bestimmen ließe, möchte das TPS ausdrücklich nicht sein. Dann sei man lieber arm, so David Gomez, einer der Gründer des Tribunals.<sup>15</sup> Selbstironisch wird dem *popular* oft noch mündlich ein *pobre* (dt. arm) hinzugefügt – denn aus Siloé zu sein, bedeutet in der Regel beides.

Die Nennung von „Siloé“ im Namen der Organisation ist also Ausdruck eines besonderen Selbstbewusstseins. Die Intention, den Begriff positiv zu besetzen ist eine wichtige Motivation. Siloé hat in Cali einen schlechten Ruf und wird von der Mittel- und Oberschicht gemieden. Es wird von Gangs kontrolliert, gilt als kriminell und gefährlich. Taxifahrer\*innen verweigern die Anfahrt in die schmalen Gassen am Berghang, Fremden wird von einem Besuch abgeraten, nachts erst recht. Siloé entstand einst aus illegalen Armutssiedlungen, bis heute sind viele Häuser weder an das Wasser- noch Stromnetz angeschlossen, im Schnitt leben hier acht Personen auf einem Quadratmeter. Eine Herkunft aus Siloé gilt als Makel. Um Diskriminierungen, etwa bei Bewerbungen zu entgehen, vermeiden es manche, sich als Bewohner\*innen Siloés zu outen.

### 6.2 Selbstermächtigung

Roland Roth und Dieter Rucht sprechen im Kontext Sozialer Bewegungen bei Empowerment von „(...) stärker selbstbestimmten Formen politischen Lernens und Handelns an der Schnittstelle von persönlicher Veränderung und sozialem Wandel.“ (Roth/ Rucht 2008: 27). Der Soziologe Norbert Herriger versteht unter politischem Empowerment einen Prozess der Umverteilung von politischer Macht, in dem sich marginalisierte Menschen oder Gruppen mehr demokratisches Mitspracherecht und politische Macht konflikthaft aneignen (Herriger 2014: 14). In Bezug auf Soziale Bewegungen ist Empowerment ein „kollektives Projekt der (Wieder-)Herstellung einer politisch definierten Selbstbestimmung, das die

<sup>14</sup> Expert\*inneninterview DF vom 21.02.2023.

<sup>15</sup> Expert\*inneninterview DG vom 21.02.2023.



Umverteilung von Entscheidungsmacht und die Korrektur von sozialer Ungleichheit auf seine Fahnen geschrieben hat.“ (Herriger 2014: 19).

Die Organisierung und politischen Prozesse lassen sich als Empowerment in dem Sinne deuten. Zentral ist neben dem Anspruch, die eigenen Anliegen selbstbestimmt zu vertreten, ein basisdemokratisches Verständnis. Entscheidungen über Inhalte, Pläne, Aktionen und Forderungen werden auf regelmäßigen Treffen diskutiert und nach dem Konsensprinzip gefällt. Den Kern der Initiative bilden die *familias* (dt. Familien). Es sind viele Mütter und einige Väter von Ermordeten im Tribunal organisiert, enge Verwandte und Freund\*innen. Dazu kommen mittelbar Betroffene Bewohner\*innen aus Siloé, die selbst oft willkürliche Gewalt erlebt oder bezeugt haben. Ihre Einschätzungen und Perspektiven sind handlungsleitend. Sie werden unterstützt von solidarischen Aktiven, die außerhalb von Siloé leben.

Im öffentlichen Diskurs um die Gewalt, die in Siloé besonders eskalierte, nutzten Polizei und Regierung den deprivierten Status, um die Anliegen der dort Protestierenden zu entpolitisieren. Ein formuliertes Ziel des TPS ist es, dieses Narrativ zu brechen und der Stigmatisierung die Realitäten entgegenzusetzen. Stereotypen wird etwa widersprochen, wenn die Opfer namentlich genannt werden, wenn ihre individuellen Lebensentwürfe, ihre Träume, ihre Hoffnungen erzählt werden. Im Kollektiv geht es den Aktivist\*innen um die Würde und die Wahrnehmung der Community, die mit viel Eigeninitiative nachbarschaftliche Selbsthilfe in den Bereichen verwirklicht, in denen sie sich vom Staat im Stich gelassen fühlt, wie Bildung, Kultur und Infrastruktur. Das TPS zur Aufarbeitung der Polizeigewalt gegen die Menschen im Viertel ist eine von vielen Initiativen, die z.B. ein eigenes Stadtteilmuseum gründeten, einen Sportplatz anlegten oder nach den regelmäßigen Erdbeben Unterkünfte neu errichten.

### 6.3 Empowerment und Erinnerung

Selbstermächtigung zur Verbesserung der eigenen Lebensumstände ist also bereits eine kollektive Erfahrung in Siloé, Stadtteilarbeit somit ein wichtiger Teil der praktischen Arbeit des TPS. Der Großteil der Aktivitäten findet im *barrio* statt und richtet sich an dessen Bewohner\*innen. Beliebt sind visuelle Interventionen im öffentlichen Raum, die zur Partizipation einladen, wie Siebdruck-Werkstätten oder das gemeinsame Malen von Wandbildern: „Wir machen Graffitis oder unterstützen die Erstellung eigener Poster, um sie in der Community zu verbreiten und unsere Botschaft zu vermitteln, damit sich die Leute uns anschließen können. Dadurch können sie auch sehen, dass wir für das eigene Gedächtnis in der Gemeinschaft arbeiten. Und das ist wirklich wichtig, denn es gibt viel Stigmatisierung über den Protest, angeblich seien die Demonstranten Diebe oder schlechte Menschen gewesen, die Gebäude wie Polizeistationen beschädigen. Durch die Kunst und Herstellung von Plakaten transportieren wir unserer eigenen Erzählung über den Protest und hoffen, der Stigmatisierung entgegenzutreten.“, erzählt die Soziologin und Aktivistin des Tribunals Isabella Albán und macht deutlich, wie Deutungshoheit und Sichtbarkeit im öffentlichen

Raum durch künstlerische Praxen erreicht werden sollen.<sup>16</sup> „Würde schafft Erinnerung“ heißt dann auch ein Schriftzug (Henkel 2022).

Neben der Funktion als politischer und aktivistischer Zusammenhang hat das Zusammenkommen im TPS für viele Angehörige und Aktivist\*innen einen psychosozialen Charakter. Viele von ihnen haben einen geliebten Menschen verloren. Sie teilen die Trauer, aber auch Ohnmacht und Frustration miteinander, kennen das Gefühl, ungerecht behandelt oder nicht wahrgenommen worden zu sein. Der gemeinsame Prozess kann Trost und Heilung bieten, der Austausch bei der Verarbeitung des Verlustes oder der Verletzungen helfen, so die Betroffenen. Man gebe sich gegenseitig Kraft und sei mit der Trauer nicht allein. „Meine alte Familie wurde zerstört, hier habe ich eine neue kennengelernt.“, erzählt der Aktivist Abelardo.<sup>17</sup>

Deswegen spielt das Andenken und die gemeinsame Erinnerung an die Ermordeten in den Praxen des TPS eine wichtige Rolle: Alle Todestage werden mit öffentlichen Gedenkveranstaltungen erinnert, auf allen Aktionen werden Fotos der Getöteten gezeigt, manche haben T-Shirts mit den Gesichtern ihrer Hinterbliebenen gestaltet. Populäre Künstler\*innen haben auf Wunsch des TPS Portraits von Ermordeten an den Wänden Siloés angebracht. Regelmäßig lädt das TPS ein zu *caminatas de la memoria*, (dt. Erinnerungsspaziergänge). Gezeigt werden Tatorte, Orte des Protestes, aber auch Orte kultureller und sozialer Initiativen aus dem *barrio* und natürlich auch die Wandbilder. Oft begleiten Angehörige die Rundgänge, erzählen ihre Geschichte, berichten von der Arbeit des TPS.

Eine Aktivistin betont ausdrücklich, wie wichtig es ist, eigene Formen des Erinnerns zu entwickeln und sich gegebenenfalls auch von Vereinnahmungsversuchen und Fremderzählungen abzugrenzen. Ein Angebot des regierenden Bürgermeisters, einen Gedenkort in Cali einzurichten, wurde abgelehnt. Eine bloße Nennung der Namen sei so lange nichts wert, bis es eine politische und juristische Aufarbeitung der Gewalt und die Übernahme von Verantwortung gäbe. Bis dahin bevorzuge man seine eigenen Gedenkformen, eine Haltung, die auf die wichtige Rolle des kollektiven Gedächtnisses für den Organisationsprozess des TPS im Sinne von Memory Framing verweist (Kern 2008: 145f).

## 7 Anklage und Verurteilung

Bisheriger Höhepunkt der Aktivitäten des Tribunals war die Durchführung der symbolischen Gerichtsverhandlung, bestehend aus einer Anklageverlesung und der Verurteilung der aus ihrer Sicht Verantwortlichen für die Gewalt während der Proteste. Dazu entschied sich das TPS, eine internationale Jury aus prominenten zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen zusammenzustellen, um sowohl möglichst große Öffentlichkeit als auch politischen Druck generieren zu können. Elf Sozialaktivist\*innen und Wissenschaftler\*innen, wie etwa der Soziologe Boaventura de Sousa Santos aus Portugal und der deutsche Politikwissenschaftler Raul Zelik, fungierten als Geschworene. Darüber hinaus konnten fünf Schirmherren

<sup>16</sup> Expert\*inneninterview IA vom 8.2.2023.

<sup>17</sup> Expert\*inneninterview AA vom 20.02.2023.

gewonnen werden, u. a. der Erzbischof von Cali, Darío de Jesús Monsalve und der Richter Iván Velásquez (Henkel 2022). Fünf Angehörige repräsentierten die Ankläger\*innen, fünf internationale Garant\*innen dokumentierten das Geschehen. Letztendlich sprach die Jury am 20. Februar 2023 in Anwesenheit von etwa 200 Beobachter\*innen ihr symbolisches Urteil. Der kolumbianische Staat sei der Menschenrechtsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig. Zu den Verurteilten gehören der Ex-Präsident Iván Duque, weitere hochrangige Politiker\*innen sowie Sicherheitskräfte. Ihnen wird zur Last gelegt für 16 Todesopfer während der Proteste 2021 verantwortlich zu sein. Zu den Verbrechen zählen dabei: „(...) Mord, gewaltsames Verschwindenlassen oder versuchtes gewaltsames Verschwindenlassen, Folter und grausame oder unmenschliche Behandlung, Verletzungen durch Schusswaffen, willkürliche Verhaftungen, Drohungen, Anschuldigungen und Einschüchterungen und unverhältnismäßige Gewaltanwendung.“ (Pérez 2023).

## 8 Herausforderungen und Grenzen

Das Herstellen von Öffentlichkeit zur Erzeugung politischen Drucks zählt zu den zentralen Zielsetzungen von People's Tribunals. Dies gelang dem TPS nur bedingt, das die Möglichkeiten von Social Media nutzt. Während lokale, unabhängige Radiosender und NGOs über ihre Kanäle berichteten, ignorieren die relevanten Medien in Kolumbien das Tribunal bis heute. Sie befinden sich größtenteils im Besitz eher rechts gerichteter Kräfte. Das Herstellen einer demokratischen und pluralen Medienlandschaft eine ständige Forderung Sozialer Bewegungen in Kolumbien.

Gleichwohl nahmen rechte Kräfte die Arbeit der Initiative durchaus wahr: Sobald das TPS die Durchführung des symbolischen Gerichtsprozesses öffentlich bewarb, erhielten die Mitglieder Morddrohungen. Während eines Straßenfestes übergab ein Kind, als Bote missbraucht, einem Aktivist\*innen ein Drohschreiben. Es nannte vier Mitglieder namentlich und erklärte alle Unterstützer\*innen des TPS zu „militärischen Zielen“. Gezeichnet wurde mit dem Logo der Autodefensas Gaitanistas de Colombia (AGC), das auch als Golf-Clan bekannte größte paramilitärische Drogenkartell Kolumbiens. Zudem tauchten kurze Zeit später in Siloé insgesamt 15 Drohbotschaften der AGC auf, die als Graffitis gesprüht wurden. „Eine Schwierigkeit im Organisationsprozess waren die Morddrohungen. Wir hatten schon mit Drohungen gerechnet, aber erst nach dem Urteilsspruch. Das hat das Tribunal vor eine Zerreißprobe gestellt. Solche Drohungen machen Angst. Wir haben die Frage aufgeworfen, ob das Tribunal weiterlaufen soll. Die Angehörigen wünschten sich, das es weiter geht. Sie hatten Angst vor den Drohungen, aber auch Angst davor, dass die Morde nicht angeklagt werden.“, so José Benito.<sup>18</sup> Die Sorgen haben absolute Berechtigung: Je nach Quelle wurden im ersten Halbjahr 2023 zwischen 77 und 92 soziale Aktivist\*innen Opfer politischer Morde (Toro Leyva 2023). Die Antwort, die das TPS auf die Drohungen fand, war Sichtbarkeit statt Rückzug: Mit dem *festival sin mideo* (dt. Festival ohne Angst) organisierte es ein Kulturfestival inmitten von Siloé und eine „Küche für alle“, die bis heute existiert.

<sup>18</sup> Expert\*inneninterview JB vom 15.02.2023.

## 9 Fazit und Ausblick

In der Beobachtung des Tribunals lässt sich die große Kraft der Selbstermächtigung von unten erkennen. Selbstorganisiert, partizipativ und basisdemokratisch erfolgt die Bestimmung der Inhalte, der Kritik und der Aktionsformen im politischen Prozess. Gleichzeitig wurde auch der psychosoziale Charakter der gemeinsamen Trauerarbeit beschrieben. Die Forschung zeigt, wie wichtig für Betroffene von Gewalt und deren Angehörige juristische Verurteilungen und Anerkennung zur Verarbeitung des Erlebten sind. Sollte diese Form der Gerechtigkeit ausbleiben, hilft das Schaffen einer gemeinsamen Anklage, einer eigenen Öffentlichkeit, einer selbstbestimmten Erzählung der Vorkommnisse, die Gestaltung von Erinnerungskultur trotz aller Widrigkeiten.

Darüber hinaus konnte „ein Mehr an politischer Macht“ im Sinne Herrigers erreicht werden, wie etwa die Entschädigung von Opfern staatlicher Gewalt, die die Regierung in Aussicht stellte (Pérez 2023). Außerdem hatten Mitarbeiter des Innenministeriums an der Urteilsverkündung teilgenommen und Mitglieder des Tribunals danach in die Hauptstadt zum Gespräch eingeladen. Auch lokal hat das Tribunal Druck aufbauen können, wenn, wie gezeigt, der Bürgermeister über einen Gedenkort diskutieren möchte.

Es überrascht nicht, dass sich das TPS auch nach dem 20. Februar 2023 für ein Weitermachen entschieden hat. Die Jahrestage werden weiterhin aktionistisch gestaltet, immer wieder Kundgebungen organisiert. Neue Perspektiven sind vertiefte überregionale Vernetzungen mit ähnlichen Tribunalen wie in Bogotá. Aber auch die Übersetzung der Urteilschrift in leichte Sprache und die Vermittlung in Sozialen Medien ist der Gruppe in einem Land mit niedriger Alphabetisierungsrate wichtig.

Die Chancen für eine reale juristische Aufarbeitung der Verbrechen stehen nach wie vor schlecht. Auch wenn die Regierung gerade linksgerichtet ist und grundsätzlich die Anliegen Sozialer Bewegungen unterstützt, bedeutet dies nicht, dass sie auch die Macht dazu hätte. Nach wie vor stellen gewaltunternehmerische Drogenkartelle, paramilitärische Kräfte, ein rechter Polizeiapparat, das Militär und die Justiz je eigene Machtblöcke innerhalb eines von Krieg, Kriminalität und Korruption geschüttelten Landes dar. Zivilgesellschaftliche Akteur\*innen stoßen hier trotz allen Mutes an Grenzen, gehen hohe Risiken ein und bezahlen ihr Engagement oft mit dem Leben.

**Johannes Gleitz** ist Sozialarbeiter und Sozialwissenschaftler. Er promoviert aktuell zur Frage nach Ressourcen im Empowermentprozess von Betroffenen rechter Gewalt. Kontakt: [Johannes.Gleitz@uni-marburg.de](mailto:Johannes.Gleitz@uni-marburg.de).

**Sabine Reimann** ist als Historikerin in der NS-Gedenkstättenarbeit und in der historisch-politischen Bildung tätig. Kontakt: [S.Reimann@hhu.de](mailto:S.Reimann@hhu.de).

## Literatur

*Amnesty International* 2021: Kolumbien: Staatliche Gewalt gegen friedlich Protestierende ist unrechtmäßig. 30.07.2021, [www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/kolumbien-caligewalt-gegen-friedlich-protestierende](http://www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/kolumbien-caligewalt-gegen-friedlich-protestierende).

*Amnesty International* 2021a: Kolumbien: Polizeigewalt gegen friedliche Demonstrierende beenden! 05.05.2021, [www.amnesty.de/informieren/aktuell/kolumbien-polizeigewalt-gegen-friedliche-demonstrierende-beenden](http://www.amnesty.de/informieren/aktuell/kolumbien-polizeigewalt-gegen-friedliche-demonstrierende-beenden).

*Amnesty International* 2022: Kolumbien: Neue Beweise für tödliche Polizeigewalt gegen friedliche Demonstrierende. 25.02.2022, [www.amnesty.de/informieren/aktuell/kolumbien-neue-beweise-toedliche-polizeigewalt](http://www.amnesty.de/informieren/aktuell/kolumbien-neue-beweise-toedliche-polizeigewalt).

*Bohnsack, Ralf/ Geimer, Alexander/ Meuser, Michael* (Hg.) 2018: Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung. 4., vollst. überarbeitete und erweiterte Aufl. utb, 224-226.

*Byrnes, Andrew/ Simm, Gabrielle* 2017: Introduction. In: dies. (Hg.): Peoples' Tribunals and International Law. Cambridge, 1-7, <https://doi.org/10.1017/9781108368360>.

*Clark, Janine Natalya* 2016: Transitional Justice as Recognition: An Analysis of the Women's Court in Sarajevo. In: International Journal of Transitional Justice, Bd. 10. 1. März 2016, 67-87, doi:10.1093/ijtj/ijv027.

*Dolgopol, Ustinia* 2017: The Tokyo Women`s Tribunal: Transboundary Activists ans the Use of Law`s Power. In: Byrnes, Andrew/Simm, Gabrielle (Hg.): Peoples' Tribunals and International Law. Cambridge, 84-106, <https://doi.org/10.1017/9781108368360>.

*Ernst, Anna* 2022: Ex-Soldat wirft Armee-Chef von Kolumbien Kooperation mit Paramilitärs vor. 16.06.2022, <https://amerika21.de/2022/06/258585/kolumbien-general-eduardo-zapateiro>.

*Hartig, Evelyn/ Kassin, Caroline/ Huber, Florian* 2021: Proteste zwischen Pandemie, Polizeigewalt und Armut: Kolumbien findet keinen Frieden. 01.06.2021, [www.boell.de/de/2021/06/01/proteste-zwischen-pandemie-polizeigewalt-und-armut-kolumbien-findet-keinen-frieden](http://www.boell.de/de/2021/06/01/proteste-zwischen-pandemie-polizeigewalt-und-armut-kolumbien-findet-keinen-frieden).

*Henkel, Knut* 2022: Die Toten von Siloé klagen an. 03.08.2022, [www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/kolumbien-regierungsproteste-cali-2021-tote-jugendliche-erinnerung-und-aktivismus](http://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/kolumbien-regierungsproteste-cali-2021-tote-jugendliche-erinnerung-und-aktivismus)

*Henkel, Knut* 2023: Angriffe von mehreren Seiten. 12.01.2023, <https://jungle.world/artikel/2023/02/angriffe-von-mehreren-seiten>.

*Herriger, Norbert* 2014: Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. 5., erweiterte und aktualisierte Auflage. Kohlhammer.

*Kassin, Caroline* 2021: Gewaltsames Verschwindenlassen in Lateinamerika – Rückkehr einer grausamen Praxis? 26.08.2021, [www.boell.de/de/2021/08/26/gewaltsames-verschwindenlassen-in-lateinamerika-rueckkehr-einer-grausamen-praxis](http://www.boell.de/de/2021/08/26/gewaltsames-verschwindenlassen-in-lateinamerika-rueckkehr-einer-grausamen-praxis).

*Kern, Thomas* 2008: Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen. VS.

*Menachery Paulose, Regina* 2020: Can you hear the people sing? Victim/ survivor rights in People`s Tribunals. In: dies. (Hg.): People`s Tribunals, Human Rights and the Law. Searching for Justice. Routledge, 2-21.

*Meuser, Michael/ Nagel, Ulrike* 2009: Experteninterview und der Wandel der Wissensproduktion. In: Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (Hg.): Experteninterviews. Theorien, Methoden, Anwendungsfelder. 3., grundlegend überarbeitete Auflage. VS, 35-60.

*NUDH* 2022: El Paro Nacional 2021 Lecciones aprendidas para el pacifia en Colombia. [www.hchr.org.co/wp/wp-content/uploads/2022/05/211214-Colombia\\_Documento-lecciones-aprendidas-y-observaciones-Paro-Nacional-2021.pdf](http://www.hchr.org.co/wp/wp-content/uploads/2022/05/211214-Colombia_Documento-lecciones-aprendidas-y-observaciones-Paro-Nacional-2021.pdf).

*Pérez, Anna* 2023: Kolumbien: Tribunal verurteilt Staat für Menschenrechtsverletzungen im Streik 2021. 21.02.2023, <https://amerika21.de/blog/2023/02/262803/tribunalpopularsiloe>.

*Pollmann, Anna* 2017: Sartres' Eröffnungsrede zur ersten Sitzung des Vietnam-Tribunals (1967). In: Arbeitskreis Menschenrechte im 20. Jahrhundert (Hg.): Quellen zur Geschichte der Menschenrechte, [www.geschichte-menschenrechte.de/sartre-eroeffnungsrede-vietnam-tribunal/](http://www.geschichte-menschenrechte.de/sartre-eroeffnungsrede-vietnam-tribunal/).

*RLS* 2021: Kolumbien im Ausnahmezustand. Ein Bericht über die aktuellen Proteste gegen die Steuerreformpläne. 07.05.2021, [www.rosalux.de/news/id/44256/kolumbien-im-ausnahmezustand](http://www.rosalux.de/news/id/44256/kolumbien-im-ausnahmezustand).

*Roth, Roland/ Rucht, Dieter* (Hg.) 2008: Einleitung. Erschienen in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Campus, 10-36.

*Sadr, Shadi* 2020: From painkillers to cures: challenges and future of People`s Tribunals. In: Menachery Paulose, Regina (Hg.): People`s Tribunals, Human Rights and the Law. Searching for Justice. Routledge, 177-193.

*Sauer, Madlyn* 2022: Wir klagen an! NSU-Tribunale als Praxis zwischen Kunst, Recht und Politik. Unrast.

*Toro Leyva, Carolina* 2023: In Kolumbien im Jahr 2023 bereits fast 100 politische Morde, 8.8.2023, <https://amerika21.de/2023/08/265219/kolumbien-2023-politische-morde>.

*TPS* 2022: tribunalpopularensiloes. [www.instagram.com/tribunalpopularensiloe/?hl=de](http://www.instagram.com/tribunalpopularensiloe/?hl=de).